

Vordruck 3 b

Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats in gemeinsamer Wahl (§ 8 HPVGWO)

Der Wahlvorstand bei _____
(Dienststelle)
_____, den _____

[Der Wahlvorstand lässt es zu, dass ihm gegenüber abzugebende Erklärungen zusätzlich/ausschließlich¹ elektronisch übersandt werden können (§ 8 Abs. 2 Nr. 17, § 49 Abs. 2 HPVGWO). Abzugebende Erklärungen, wie z.B. die Wahlvorschläge, können an die nachfolgende Mailadresse des Wahlvorstandes gesendet werden (...@...Angabe Mailadresse)].²

Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats

Nach § 9 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) ist in

_____ (Bezeichnung der Dienststelle)

ein Personalrat zu wählen.

Der Personalrat besteht aus _____ Mitgliedern. Davon erhalten ³

die Beamtinnen und Beamten

_____ Vertreterinnen und Vertreter, davon _____ Frauen, _____ Männer,

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

_____ Vertreterinnen und Vertreter, davon _____ Frauen, _____ Männer.

Der Personalrat wird **in gemeinsamer Wahl** gewählt.

Wählen kann nur, wer in das Verzeichnis der Wahlberechtigten eingetragen ist.

Ein Abdruck des Verzeichnisses der Wahlberechtigten liegt im

_____ aus und kann dort von den Wahlberechtigten bis
(Ortsbezeichnung)

zum Abschluss der Stimmabgabe an den Arbeitstagen von _____ bis _____ Uhr eingesehen werden.

[und/oder]

Das Verzeichnis der Wahlberechtigten kann zusätzlich/ausschließlich¹ in elektronischer Form unter [Angabe der Fundstelle bzw. der elektronischen Bekanntmachung] abgerufen oder eingesehen werden (§ 5 Abs. 3 Satz 2 HPVGWO).⁴

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste können nur innerhalb einer Woche seit ihrer Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden.

Letzter Tag der Einspruchsfrist ist _____ .

Ein Abdruck des Hessischen Personalvertretungsgesetzes und der Wahlordnung liegen im

_____ vom _____ bis _____ zur Einsicht aus.
(Ortsbezeichnung)

[und/oder]

Das Hessische Personalvertretungsgesetz und die Wahlordnung können zusätzlich/ausschließlich¹ in elektronischer Form unter [Angabe der Fundstelle wie z.B. „Bürgerservice Hessenrecht“] abgerufen oder eingesehen werden (§ 8 Abs. 4 HPVGWO).⁴

Die Wahlberechtigten sowie die im Personalrat vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert,

innerhalb von 18 Tagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, spätestens am _____ dem Wahlvorstand Wahlvorschläge einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens _____ Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Die Beschäftigten können ihre Unterschrift rechtswirksam nur für einen Wahlvorschlag abgeben. Die Wahlvorschläge der Gewerkschaften müssen von zwei Beauftragten der Gewerkschaft unterzeichnet sein.

Wahlvorschläge, die nicht die erforderlichen Unterschriften enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einen gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

⁵ [Jeder Wahlvorschlag ist nach Geschlechtern zu trennen und soll mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und doppelt so viele Bewerber enthalten, wie in dem Wahlgang weibliche oder männliche Personalratsmitglieder zu wählen sind.]

⁶ [Jeder Wahlvorschlag ist nach Geschlechtern zu trennen und muss Bewerberinnen und Bewerber im Verhältnis der in der Dienststelle zu wählenden weiblichen und männlichen

Personalratsmitglieder enthalten. Das Verhältnis beträgt _____ Bewerberinnen zu

_____ Bewerbern. Die Höchstzahl der zu vergebenden Stimmen beträgt _____.]

Die Mindestzahl der Bewerberinnen und Bewerber (§ 15 Abs. 3 HPVG) ergibt sich aus der oben errechneten Zahl der Mitglieder des Personalrats, ihre Aufteilung auf die Gruppen und innerhalb der Gruppen auf die Geschlechter.

Die Namen der Bewerberinnen sind links, die Namen der Bewerber sind rechts jeweils nach Gruppen zusammengefasst auf dem Wahlvorschlag untereinander aufzuführen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Außer dem Familiennamen sind der Vorname, das Geburtsdatum, die Amts- oder Berufsbezeichnung und die Gruppenzugehörigkeit anzugeben.

⁷ [In der Gruppe der _____ entfällt auf die Frauen/Männer⁵ kein Sitz. Die Wahlvorschläge können gleichwohl höchstens eine Frau/einen Mann¹ dieser Gruppe enthalten.] Die schriftliche Zustimmung der Bewerberinnen und Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Die Beschäftigten können für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welche oder welcher der Unterzeichneten zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstandes berechtigt ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die oder der Unterzeichnete als berechtigt, die oder der an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag soll mit einem Kennwort versehen sein.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ in gleicher Weise wie dieses Wahlausschreiben bekannt gemacht (§ 15 Abs. 1 HPVGWO).

Die Stimmabgabe findet statt

am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Abstimmungstag/e) (Ortsangabe)

Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, erhalten auf Verlangen zum Zwecke der brieflichen Stimmabgabe die Wahlvorschläge, den Stimmzettel, den Wahlumschlag, eine vorgedruckte, von der Wählerin oder dem Wähler abzugebende Erklärung, in der diese gegenüber dem Wahlvorstand versichern, dass sie den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet haben oder, soweit unter den Voraussetzungen des § 18 Abs. 3 HPVGWO erforderlich, durch eine Person ihres Vertrauens haben kennzeichnen lassen, einen größeren Rücksendeumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes und als Absender den Namen und die Anschrift der oder des Wahlberechtigten sowie den Vermerk "Briefliche Stimmabgabe" trägt sowie ein Merkblatt über die Art und Weise der brieflichen Stimmabgabe ausgehändigt oder übersandt. Auf Antrag erhalten sie auch einen Abdruck des Wahlausschreibens und einen Freiumschlag zur Rücksendung des Wahlumschlags.⁹

Einsprüche, Anträge auf briefliche Stimmabgabe, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind bei _____ abzugeben.
(Dienststelle, Zimmernummer)

Die Sitzung des Wahlvorstandes, in der die Stimmen ausgezählt werden und das Wahlergebnis festgestellt wird, findet

am _____ um _____ Uhr, in _____
(Tag der Sitzung) (Ortsangabe)

statt. Sie ist allen Beschäftigten zugänglich.
Tag des Erlasses des Wahlausschreibens: _____¹⁰

_____¹¹
(Unterschrift) (Unterschrift) (Unterschrift)
Vorsitzende/r

Ausgehängt bzw. bekannt gemacht am _____¹⁰
bis zum Abschluss der Stimmabgabe.

Abgenommen bzw. Ende der Bekanntmachung am _____

¹ Nichtzutreffendes streichen.

² Nur übernehmen, wenn die Übersendung von Erklärungen in elektronischer Form gegenüber dem Wahlvorstand nach § 8 Abs. 2 Nr. 17 und § 49 Abs. 2 HPVGWO von diesem zugelassen wurde.

³ Ggf. sind die besonderen Gruppen (§ 5 Abs. 2 Satz 2 HPVGWO) zu berücksichtigen.

⁴ Nur übernehmen, wenn vom Wahlvorstand eine zusätzliche oder ausschließliche elektronische Bekanntmachung gewählt bzw. zugelassen wird (§ 2 Abs. 2 bis 4, § 5 Abs. 3 Satz 2 und § 8 Abs. 4 HPVGWO).

⁵ Nur übernehmen in Fällen des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HPVGWO.

⁶ Nur übernehmen in Fällen des § 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HPVGWO.

⁷ Nur übernehmen in Fällen des § 10 Abs. 2 Satz 4 HPVGWO.

⁸ Nur übernehmen in Fällen des § 10 Abs. 2 Satz 6 HPVGWO.

⁹ Wird briefliche Stimmabgabe angeordnet (§ 20 Satz 1 und 3 HPVGWO), entfällt der vorhergehende Absatz; dieser Absatz ist entsprechend anzupassen.

¹⁰ Die Daten müssen übereinstimmen.

¹¹ Entsprechend zu ergänzen, wenn der Wahlvorstand aus mehr als drei Mitgliedern besteht.